

Was Hölderlin schon wusste:

„Der Buchstabe tötet, aber es macht Geister lebendig der Geist.“ (Aus: Der zürnende Dichter)
Zusammen mit Hegel und Schelling zieht er wenig später in seinem Aufsatz „Das älteste Systemprogramm des deutschen Idealismus“ von 1796 denn folgenden Schluss in Bezug auf den Staat (bzw. auf die Stadt Trier):

„Denn jeder Staat muss freie Menschen als mechanisches Räderwerk behandeln; und das soll er nicht; also soll er aufhören.“ (Hölderlin: Werke und Briefe, Bd.II, 647)

Leider hat sich diese Einsicht noch nicht bis zum Trierer Oberbürgermeister Klaus Jensen (SPD) herumgesprochen. Und so will Jensen am 16.04.13 die Trierer Ortsvorsteher/innen zu einem Gespräch ins Rathaus einladen, um über Transparenz und Öffentlichkeit von Rats- und Dezernatsentscheidungen zu dozieren. Unter dem Titel „Ortsbeiräte erhalten Dämpfer aus dem Rathaus“ vom 25.03.13 wurde die Tendenz dieser Gespräche schon einmal publik. Es steht zu befürchten, dass der Oberbürgermeister sich lediglich auf den „bloßen Buchstaben“ der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung beruft, wonach Dezernatsausschusssitzungen nicht-öffentlich stattfinden können. Somit hat der Oberbürgermeister zusammen mit dem Stadtvorstand und der Verwaltung nicht begriffen, was es heißt, dass sich über 50 Ortbeiräte aus den verschiedenen Stadtteilen Triers überparteilich zusammengefunden haben, um etwas an den politischen Stadtratsentscheidungen „einstimmig“ getroffen werden, ohne dass die Ratsherren und Ratsdamen gewillt sind, die zuvor gefällten ablehnenden Beschlüsse in den verschiedenen Ortsbeiräten einen entsprechenden Ausdruck bei ihren Entscheidungen zu geben. Dieses Entscheidungsverhalten ist zutiefst undemokratisch, weil es am „Sinn“ der kommunalpolitischen Selbstverwaltung vorbeigeht. Würde der Oberbürgermeister was Hölderlin gemeint hatte, als er den „lebendigen Geist“ von Politikern einforderte, dann fiel die Entscheidung nicht – wie im TV angedeutet – negativ für die engagierten Ortsbeiräte Triers aus.

Am Ende seines Aufsatzes schreibt Hölderlin weiter unter der Voraussetzung, dass es Politiker gäbe, die entsprechend den „Geist“ einer Sache verstehen und zum Vorteil „aller“ umzusetzen versuchen: „Dann herrscht ewige Einheit unter uns. Nimmer der verachtende Blick, nimmer das blinde Zittern des Volks vor seinen Weisen und Priestern. Dann erst erwartet uns *gleiche* Ausbildung *aller* Kräfte, des Einzelnen sowohl als aller Individuen“ (Hölderlin, ebd., 648).

Betrüblich ist die Haltung des Oberbürgermeisters samt des Stadtvorstandes und der Verwaltung auch darum, weil kein geringerer als Karl Marx im „Kommunistischen Manifest“ (1848) auf diese Stelle von Hölderlin dem „Sinne nach“ Bezug nimmt, indem er den Blick auf die kommende „kommunistische Gesellschaft“ richtet und schreibt:

„An Stelle der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (Marx/Engels: MEW, Bd.4, 482).

Nicht so in Trier! Denn hier bevormundet und ignoriert der Stadtrat bei seinen Entscheidungen immer wieder die Bedürfnisartikulationen und politischen Belange der Ortbeiräte vor Ort: Die Verabschiedung des „Mobilitätskonzepts 2025“ sowie die „Fortschreibung des Schulentwicklungsplan der Stadt Trier“ sind nur zwei prominente Beispiele an der Spitze eines Eisberges, die tief in die politischen Strukturen demokratischer Entscheidungsfindungen reichen. Karl Marx zog übrigens radikalere Schlüsse aus dem Umstand, dass der „Staat“ nach Hölderlin, Hegel und Schelling „aufhören soll“, weil er die Menschen bzw. seine Bürger/innen vor Ort in den verschiedenen Stadtteilen nur als „mechanisches Räderwerk“ (ebd.) benutzt, ohne auf den „lebendigen Geist“ der politischen Belange und Vorstellungen der Menschen zu achten.

In diesem Zusammenhang muss ich dem Redakteur des Tv, Jörg Pistorius, in seiner Einschätzung widersprechen, dass „der Fehler im System“ (TV, 25.03.13) der Entscheidungsprozesse in Trier läge. Denn wenn „die Kritik vieler Ortsbeiräte verständlich und berechtigt ist“ (TV, ebd.) und auch die Medien ein berechtigtes Eigeninteresse an öffentlichen Ausschusssitzungen haben, dann muss „man“ – um noch einmal mit Hölderlin zu sprechen – „das ganze elende Menschenwerk von Staat, Verfassung, Regierung und Gesetzgebung – bis auf die Haut entblößen“ (Hölderlin, ebd., 647). Die mindeste Verantwortung, die der Oberbürgermeister samt Stadtvorstand und Verwaltung übernehmen können müsste, wäre vor diesem Hintergrund, einen „verständigen Willen“ für die Belange der Ortsbeiräte in Trier zu finden und zu zeigen. Da wird wahrscheinlich aber selbst das nahende „Pfingstfest“ nicht ausreichen, um einen entsprechenden „Geist“ der politischen Einsicht nach Trier zu schicken! Die Baudezernentin Simone Kaes-Trochiani lies in einem Schreiben durchblicken, „dass der Stadtvorstand diese Forderung [nach Transparenz und Öffentlichkeit bei den Entscheidungsfindungsprozessen in den Dezernaten, J.V.] nicht umsetzen will“ (TV, ebd.), wie der Tv berichtete.

Wundern wird sich hier aber keiner mehr, der sich ehrenamtlich in Trier politisch zum besten Wohle der Menschen vor Ort engagiert! Denn ein Mangel an „lebendigem Geist“ und damit an der Erkenntnis von politischem „Sinn“ nennt man im Allgemeinen „borniert“! – So steht es in Trier in Bezug auf die kommunalpolitische Selbstverwaltung bzw. in Bezug auf die Entscheidungsfindungsprozesse angefangen bei den Belangen der Ortsbeiräte vor Ort über die (nicht-öffentlichen) Dezernatsausschüsse bis hin zu den (politisch abgehobenen) Entscheidungen der Verwaltung und des Stadtrates! Die politischen „Klassenunterschiede“ zwischen Ortsbeiräten und Stadträten sollen dem „bloßen Buchstaben“ gemäß überwunden werden.

Ortsbeiräte vereinigt Euch!